

# **BR/GT I/153 d/72**

## **Travaux Préparatoires EPÜ 1973**

### **Hinweis:**

**Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.**



REGIERUNGSKONFERENZ  
UEBER DIE EINFUEHRUNG  
EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

---

Luxemburg, den 28. Februar 1972  
BR/GT I/153/72

- Sekretariat -

VERMERK

Betrifft: Vorschlag zu den Artikeln 19 und 107 a

Verfasser: Schwedische Delegation

---

BR/GT I/153 d/72 zat



VORLAGE

Die schwedische Delegation macht zu dem in Dok. BR/GT I/145/72 enthaltenen Vorschlag betreffend die Artikel 19 und 107 a folgenden Alternativvorschlag:

Artikel 19 (neuer Absatz 4a):

"Der Schutz aufgrund einer europäischen Patentanmeldung in einem Land, das eine Uebersetzung der Patentansprüche vorschreibt, erstreckt sich in dem Fall, dass der Wortlaut der Anmeldung in der Verfahrenssprache und der Wortlaut der Uebersetzung voneinander abweichen, nur auf Bestandteile, die sich aus beiden Fassungen ergeben."

Artikel 107 a (Absatz 6):

"Der Patentschutz in einem Land, das nach Artikel 1 eine Uebersetzung vorschreibt, erstreckt sich in dem Fall, dass der Wortlaut der Uebersetzung und der Wortlaut des in der Verfahrenssprache erteilten Patents voneinander abweichen, nur auf Bestandteile, die sich aus beiden Fassungen ergeben."

Der Patentinhaber wird durch eine solche Bestimmung verpflichtet, aus folgenden Gründen eine zufriedenstellende Uebersetzung beizubringen.

/Die Gründe werden im Zusammenhang mit Artikel 107 a aufgeführt, gelten grundsätzlich aber auch für die Fälle des Artikels 19./

Eine Uebersetzung ist vor allem erforderlich, damit die Oeffentlichkeit in dem betreffenden Land in der Lage ist, den Umfang des Patentschutzes durch Prüfung der übersetzten Fassung des Patents zu beurteilen. Folglich sollte die Gewähr gegeben sein, dass sich der Schutz in keinem Fall auf etwas erstreckt, was aus dem Wortlaut der Uebersetzung nicht hervorgeht.

Andererseits sollte es dem Patentinhaber aufgrund der Uebersetzung nicht möglich sein, den Patentschutz in dem betreffenden Land dadurch zu erweitern, dass er Ansprüche geltend macht, die weiter sind als die des Patents in der erteilten Fassung, also in der Fassung der Verfahrenssprache.

Der schwedische Vorschlag trägt diesen beiden Aspekten Rechnung.

Gegen den Vorschlag lässt sich einwenden, dass der Patentinhaber die Uebersetzung nicht prüfen kann und somit Gefahr läuft, dass die Ansprüche in der übersetzten Fassung enger ausfallen als die Ansprüche des Patents in der Fassung der Verfahrenssprache. Die vorgeschlagene Vorschrift dürfte indessen für den Anmelder keine sehr grosse zusätzliche Belastung darstellen, da auf jeden Fall eine allgemeine Verpflichtung bestehen muss, eine gute Uebersetzung einzureichen. Es ist wohl selbstverständlich, dass in diesem Zusammenhang den Ansprüchen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Ausserdem geht ein Anmelder in einem Vertragsstaat mit einer Amtssprache, die keine Verfahrenssprache ist, ein ähnliches Risiko ein, wenn seine Anmeldung in die Verfahrenssprache übersetzt wird.

Im Interesse der allgemeinen Unterrichtung ist es wichtig, dass die Uebersetzungen zufriedenstellend sind und den Zweck erfüllen können, der interessierten Oeffentlichkeit die in den Patenten enthaltenen technischen Angaben in zufriedenstellender Weise zur Kenntniss zu bringen.

Die einzige Sanktion, die im vorliegenden Entwurf vorgesehen ist, betrifft Fälle, in denen der Anmelder überhaupt keine Uebersetzung beigebracht hat; keine Sanktion ist jedoch für den Fall vorgesehen, dass die eingereichte Uebersetzung ungenau ist. Der schwedische Vorschlag füllt diese Lücke.

---

